

Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 62 (1983)
Heft: 10

Artikel: Umweltinitiative und dringliche Motion : die Fraktion braucht Unterstützung
Autor: Mauch, Ursula
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-340019>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 04.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

hat. Die chemische Industrie beschert Mensch und Natur mit einem Berg von Giften, den keine Geiss wegschleckt.

Die Landschaften, die Natur und unser Leben werden beeinträchtigt:

4. durch die unwiederbringliche Zerstörung ganzer Landstriche. Durch die Erschliessung auch der letzten Gebirgstäler für den Fremdenverkehr. Es ist erschreckend, wenn wir uns vor Augen halten, dass seit 1939 soviel Land **verbetoniert** worden ist, dass **darauf** der Kanton Aargau Platz hätte.

Es ist nicht unsere Art, den Kopf in den Sand zu stecken. Deshalb wollen wir handeln! Mit einer Umweltinitiative bringen wir einen wirksamen Pfeil in unseren politischen Köcher. Ökologische, ökonomische und gesellschaftspolitische Ziele sind für uns Sozialdemokraten gleichrangig. Eine Umweltinitiative muss dem Rechnung tragen. So versuchen wir mit einigen starken Bausteinen das Problem anzugehen.

Lenkungsabgaben sind ein *erster Baustein* für die Initiative. Mit dieser Lenkungsabgabe wird es uns gelingen, umweltschädigendes Verhalten massiv zu verteuern. Über den Geldbeutel kann manches Fehlverhalten gegenüber der Umwelt unterbunden werden. Neben der langsamen Rückkehr hin zu einer gesünderen Umwelt sorgen wir mit diesem Pflock gleichzeitig für gesicherte Arbeitsplätze.

Mit einem *zweiten Baustein* wollen wir die Gesamtbelastung mit schädlichen Stoffen reduzieren. Wir wollen konkret in der Verfassung verankert wissen, bis wann die Stickoxide, Schwefeldioxide und andere schädliche Stoffe in der Schweiz auf ein verantwortbares und erträgliches Mass reduziert werden müssen. Und wir wollen die Richtung aufzeigen, wie wir uns das vorstellen. Bes-

sere Energienutzung ist die Parole, und AKW bleiben ein Teufelswerk!

Der *dritte Baustein* wird die Forderung nach einer Umweltverträglichkeitsprüfung für chemische Stoffe sein.

Dass auch mit dem Landschaftsschutz endlich Ernst gemacht werden muss, bedingt, dass auch dieser *4. Baustein* in die Initiative eingemauert werden muss.

Mit unseren Vorschlägen glauben wir, dass der Werkzeugkasten für die Reparatur unserer Umwelt entscheidend aufgefüllt wird. Dies ist unbedingt nötig. Der Wald stirbt heute — die Landschaften werden **JETZT** zerstört — unsere Kinder sollen nicht in einer Wüste leben.

Wir werden alles daran setzen, wieder vermehrt **MIT** der Natur statt gegen die Natur zu leben!

Umweltinitiative und dringliche Motion

Die Fraktion braucht Unterstützung

Von Ursula Mauch, Nationalrätin (AG)

Wenn das Parlament etwa 13 Jahre nach der Verfassungsabstimmung in den nächsten paar Wochen oder Monaten ein Umweltschutzgesetz verabschieden wird, so stellen wir fest, dass dieses Gesetz nach dem langen Leidensweg nur gerade ein erster Schritt ist in Richtung eines umfassenden Schutzes der Umwelt. Das haben wir während der Gesetzesberatung immer wieder betont. Die Umweltsituation gibt uns mehr als nur recht. Sie hat sich seit der Verfassungsabstimmung nur in eine Richtung entwickelt, nämlich hin zur Verschlechterung. Ein Teil der bürgerlichen Politiker ist aber noch bei weitem nicht erwacht. Da wird immer noch darauf herumgeritten, dass Umweltschutzmassnahmen *wirtschaftlich tragbar* sein müssen. Und da stellt sich denn doch die Frage: Was heisst wirtschaftliche Tragbarkeit angesichts der Waldschäden? Kostet es denn nichts, wenn unsere Lebensgrundlagen kaputtgehen? Ist die Umwelt tatsächlich immer noch *gratis*?

Zum Kreis der Unbelehrbaren gehört zum Beispiel der Schweizerische Gewerbeverband, der sich mit Händen, Füßen und starken Worten gegen die Verbandsbeschwerde der Umweltorganisationen wehrt. Dass heute der Informationsstand der Schweizer Bevölkerung in Umweltfragen einen beachtlichen Stand erreicht hat, ist zum guten Teil jenen Organisationen zu verdanken, die den Umweltschutz auf ihre Fahne geschrieben haben.

Aber in einem Brief des Gewerbeverbandes an die Mitglieder der nationalrätlichen Umweltschutz-Kommission tönt das dann so: «Die angesprochenen Organisationen haben einen vollständig verabsolutierten Umweltschutz im Auge, der zu keiner Zeit und in keiner Hinsicht den durchaus berechtigten ökonomischen Gesichtspunkten Rechnung tragen wird.»

Dem kann man nur beifügen: Nach uns die Sintflut — wörtlich!

Für uns ist Umweltschutz auch Sozialpolitik, denn es ist *auch*



Höhepunkt des Parteitages 1983: Robert Jungk, Symbolfigur für eine menschliche Zukunft, redet den Genossinnen und Genossen ins Gewissen.

Photo: Niklaus Baltzer

eine Frage der finanziellen Potenz, ob man sich der zunehmenden Umweltbelastung entziehen kann oder nicht, denken wir zum Beispiel an die sehr unterschiedlich belasteten Wohnlagen in städtischen Agglomerationen oder vereinfacht gesagt: je höher die Umweltbelastung desto tiefer die Mietzinsen für Wohnungen.

Wir sind der Meinung, dass das Umweltschutzgesetz möglichst rasch in Kraft gesetzt werden soll und dass den Umweltorganisationen auf jeden Fall die *Verbandsbeschwerde* zukommen muss, denn schliesslich steht und fällt das Gesetz mit dem *Vollzug*, der etwas wirksamer gestaltet werden kann, wenn diese Organisationen ein Auge haben auf umweltrelevante Vorhaben.

Es wird auch ausserordentlich wichtig sein, dass unsere Partei auf kantonaler und kommunaler Ebene sich vehement für die Durchsetzung dieses ersten Gesetzesschrittes einsetzen wird.

Das möchte ich allen sehr ans Herz legen.

Wir sind der Überzeugung, dass dieser erste Schritt wichtig ist, aber nicht genügt. Der *zweite Schritt* ist nun im *Vorschlag unserer Umwelt-Initiative* enthalten. Wir haben im jetzigen Zeitpunkt keine pfannenfertige Initiative bereit und können nur

Waldsterben: Worte und Taten

Von Rudolf H. Strahm

Das Waldsterben ist seit Wochen das medienpolitische Thema Nummer eins. Es ist keineswegs verwunderlich, wenn es im Wahlherbst auch auf den Wahlkampf durchschlägt und sich dessen selbst jene Parteien annehmen, die sich beim Umweltschutzgesetz bisher als grosse Bremser hervorgetan haben.

den Rahmen abstecken. Mit der Initiative wollen wir einerseits Lücken schliessen und andererseits Zusätzliches einbringen, entsprechend der immer noch zunehmenden Umweltbelastung. Daher werden wir in der Initiative vor allem festhalten, dass die *Umweltbelastung nicht mehr zunehmen darf* und längerfristig abnehmen muss. Damit ist das Ziel abgesteckt, und die Massnahmen sind diesem Ziel unterzuordnen. Nicht nur mit Worten, sondern auch mit Taten steht die SPS ein für eine *sichere Umwelt*. Der Waldschutz erträgt keinen Aufschub, für die Walderhaltung müssen *sofort* Massnahmen an die Hand genommen werden. Die SP-Fraktion wird daher zu Beginn der Herbstsession eine Motion deponieren, die umfassende rasche Massnahmen fordert in bezug auf den Ausstoss von jenen Schadstoffen, die beim Waldsterben im Vordergrund stehen: Schwefeldioxid, Stickoxide und auch Schwermetalle. Wenn nicht dringend etwas geschieht, mag es vielleicht eines Tages um *uns* geschehen sein. Alle sollten die Fraktion bei der Durchsetzung dieser Massnahmen auf allen politischen Ebenen unterstützen.

In der letzten Session hat es Vorstösse zum Waldsterben gehagelt, allerdings Vorstösse mit sehr unterschiedlicher Ernsthaftigkeit. Einige Profilierungsvorstösse begnügten sich damit, mehr Forschung zum Waldsterben zu fordern. *Wer heute nichts tun will, fordert nur mehr Forschung! Damit*